Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Stettin: D. Pross. — Minden: C. Marowski.

Abend-Ausgabe.

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg Montmartre et 21 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22

Nr. 434. **Berlin, Freitag den 10. Oktober 1879.** **19. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin SW. Wilhelmstr. 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 10. Oktober.

Der vor Wochen angekündigte Rücktritt des Grafen Andrassy von den Geschäften hat in dem Augenblicke stattgefunden, in welchem die Aktion Oesterreichs nach Außen ihren vorläufigen Abschluß erreicht hat und im Innern durch die Eröffnung eines vollständigen Reichsraths eine neue Periode der staatlichen Entwicklung beginnt. Es ist somit ein für die habsburgische Monarchie feierlicher, historischer Moment, in welchem der Minister aus seinem Amte scheidet, der einem wichtigen Abschnitte in der Geschichte derselben seinen Namen aufgeprägt hat. Die ihm zu Theil gewordene außerordentliche Huld und Anerkennung des Kaisers entspricht den außergewöhnlichen Diensten, welche der Monarchie zu leisten Graf Andrassy berufen war; aber nicht nur der eigene Souverain, die Souveraine und Regierungen wohl fast aller europäischen Mächte begleiten den Rücktritt des Staatsmannes, welcher sich als ein loyaler Förderer des europäischen Friedens und der Eintracht der Großmächte erwiesen, mit aufrichtigem Bedauern, allseitig bleibt ihm die vom höchsten Vertrauen getragene Werthschätzung gesichert, welche — sein eigenstes Verdienst — für die Interessen des Reiches, an dessen Spitze er gestanden, in seltener Weise ersprießlich gewesen ist.

Deutschland hat in der Reihe der Jahre in dem Grafen Andrassy einen wahren und erprobten Freund gefunden. Es darf heute wohl offen ausgesprochen werden, daß kaum je ein leitender Minister Oesterreichs so aufrichtig freundschaftliche Beziehungen mit Berlin zu knüpfen und zu erhalten gewußt hat, Beziehungen, welche die Probe ihrer Festigkeit von beiden Seiten in mehr als einem kritischen Augenblicke der letzten Jahre bestanden haben. Seit 1872 haben wir den Grafen Andrassy zu drei verschiedenen Malen in Berlin gesehen, jedesmal zu Akten von historischer Bedeutung: Im September 1872 an der Seite seines erlauchten Souverains, der durch seinen Besuch den Anbruch einer neuen Epoche in den Beziehungen beider Mächte besiegelte; im Mai 1875 zu den bekannten Konferenzen, deren Ergebniß, das Berliner Memorandum, auf den Grundgedanken des Grafen Andrassy beruhend, zum nicht geringen Theile in den Bestimmungen des Berliner Vertrages die völkerrechtliche Weihe empfangen hat. In den bedeutungsvollen Tagen des Kongresses hat der leitende Staatsmann von Oesterreich-Ungarn, was noch keinem seiner Vorgänger wie überhaupt wohl kaum einem fremden Minister gelungen, in Berlin die volksthümlichen Sympathien gefunden, welche weniger aus einer genauen Kenntniß, als aus einer richtigen instinktiven Schätzung des politischen Verhältnisses hervorgehen.

Berufene Federn werden dereinst die Geschichte der Wirksamkeit des Grafen Andrassy entrollen. Wie machtvoll immer die Zukunft Oesterreich-Ungarns sich entfalten möge, sein bleibendes Verdienst ist es, die Basis geschaffen zu haben, von welcher die neue Entwicklung ausgehen konnte. Diese Basis ist das feste, von gegenseitigem Vertrauen getragene Verhältniß zu Deutschland, wie unsere Staatsmänner es von jeher als das Endziel der deutschen Einheitsbewegung betrachtet haben: der weitere Bund mit Oesterreich, in der den heutigen beiderseitigen Machtverhältnissen entsprechenden Gestalt. So naturgemäß derselbe ist, so konnte er doch nur durch die Beziehungen ermöglicht werden, welche seit der Amtsführung des Grafen Andrassy zwischen den Regierungen von Berlin und Wien bestehen.

Der Hoffnung, welcher der eigene Souverain in so ehrenden Worten Ausdruck gegeben, daß die politische Wirksamkeit des Grafen Andrassy nicht als beendet zu betrachten sei, schließt sich Deutschland in der festen Zuversicht an, daß wo auch immer Graf Andrassy wieder zu politischem Wirken berufen sein möge, er der Hüter des Freundschaftsbundes bleiben werde, welcher noch im Augenblicke seines Scheidens aus dem Amte neue Bekräftigung erfahren hat und nicht nur für Deutschland und Oesterreich-Ungarn sondern für ganz Europa die besten Bürgschaften der Erhaltung des Friedens und des europäischen Rechtszustandes darbietet.

Vor einigen Tagen besprachen wir eine in Paris veröffentlichte Broschüre „La Russie ou La Prusse", in der der Verfasser den Gedanken ausführte, Polen müsse sich Rußland nähern, um eine Stütze gegen Deutschland zu finden. Wir machten bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß polnische Federn unausgesetzt bemüht seien, im Sinne der russischen Bewegungspolitik Verbündete gegen Deutschland zu werben.

Es scheint, daß jetzt der „Dziennik Poznanski" das Organ der von russischer und französischer Seite unterstützten Bestrebung ist, eine innige Verbindung zwischen Polen und Russen, mit der Spitze gegen Deutschland, herbeizuführen. In einem Artikel dieses Blattes vom 5. Oktober, „Rußland und Polen", heißt es, Rußland könne dem „gegen dasselbe gerichteten" deutsch-österreichischen Bündnisse am erfolgreichsten entgegentreten, wenn es sich entschließen wollte, die verhaßte Beamtenwirthschaft im ganzen Reiche, besonders aber in Polen — dem Lande, durch welches die Verbindung Rußlands mit dem übrigen Europa hergestellt werde — abzuschaffen. Der Artikel beschäftigt sich eingehend mit den „diplomatischen Niederlagen" Rußlands in Berlin, zeigt, daß Oesterreich mehr Herrschaft über die Balkanländer ausübt als Rußland, und fordert Rußland auf, in seinen unerschöpflichen inneren Hülfsquellen Kraft zu suchen gegen die Angriffe des Auslandes. „Wenn Rußland alle die Kräfte nutzbar machen wollte, die unausgebeutet in seinem Boden und in seinem Volke liegen, so würde es dreist sich der Koalition von Deutschland und Oesterreich entgegenstellen und dem Zorn von ganz Europa trotzen können." Vor allen Dingen aber sei erforderlich eine innige Verbindung mit Polen, dieser „Achillesferse" der russischen Macht.

Dieselbe Zeitung berichtete auch mit besonderer Befriedigung am 2. Oktober, daß in der am 28. September abgehaltenen Versammlung der polnischen Wähler der Stadt Posen beschlossen worden sei, gegen den Gebrauch der deutschen Sprache als Unterrichts- und Amtssprache in der Provinz Posen zu protestiren und den Antrag zu stellen, die Artikel 15, 16 und 18, bezüglich der Autonomie der katholischen Kirche, in die Konstitution wieder aufzunehmen, sowie der katholischen Geistlichkeit das Recht der Ertheilung des Religionsunterrichts und der Schulaufsicht wiederzugewähren.

An Se. Majestät den Kaiser und König hat der Vorstand der Evangelischen Generalsynode folgendes Telegramm gerichtet:

„Ew. Majestät, als dem erhabenen Schutzherrn unserer theuren Landeskirche und Mitbekenner des Namens unseres Herrn und Heilandes, bringt die heute zusammengetretene Generalsynode die ehrfurchtsvollste Huldigung und den Dank dar für ihre Zusammenberufung, indem sie gelobt, ihre Arbeiten auf Grund des göttlichen Wortes und zur Förderung unserer Kirche treulich ausrichten zu wollen. Der Vorstand der Generalsynode."

Die Antwort Sr. Majestät lautet:

„Die Gesinnungen und Grundsätze, welche Sie mir im Namen der Evangelischen Generalsynode aussprechen, haben Meinem Herzen wohlgethan, da es dieselben sind, zu denen Ich Mich stets bekannt habe, und hoffe Ich daher, daß die Schlußworte Ihres Telegramms, daß die Berathungen der Synode auf dem Grunde des Wortes Gottes, wie es uns durch seinen eingebornen Sohn, unsern Heiland, gelehrt wird, in Erfüllung gehen mögen zum Segen seiner Bekenner. Wilhelm."

Aus **Glogau**, 8. Oktober, wird uns geschrieben: Zwischen der hiesigen Militairbehörde und dem Magistrat schweben seit längerer Zeit Verhandlungen über das durch die Stadterweiterung gewonnene, entbehrlich gewordene Festungsterrain. Die Stadtvertretung wünscht die Ueberlassung desselben, kann sich jedoch mit dem Militairfiskus über den Preis nicht einigen. Nachdem alle Vermittlungsversuche vergeblich geblieben, wandte sich der Magistrat im Frühjahr d. J. an den Reichstag, und letzterer überwies am 29. März nach eingehender Verhandlung die Glogauer Petition dem Reichskanzler zur Erwägung. Seit jener Zeit scheint die Sache vollständig zu ruhen. Es heißt, die Petition sei vom Reichskanzler-Amte dem Bundesrathe überwiesen, dort aber in den Akten begraben worden. Man wünscht hier dringend, die Angelegenheit wieder in Fluß bringen zu können, und wird, da dieselbe eine Lebensfrage für die hiesige Stadt bildet, wahrscheinlich in nächster Zeit mit neuen Petitionen sich nach Berlin wenden.

---

* Aus **St. Petersburg**, 6. Oktober, schreibt unser ??-Korrespondent:

Der Kaiser wird wahrscheinlich bis Ende dieses Monats in Livadia verbleiben und dann wieder hierher kommen. Die Meldung des „Pester Lloyd" von einer großen militairischen Konferenz, welche nach Livadia berufen worden sei, um über eine neue Organisation der russischen Armee und deren ansehnliche Vermehrung, sowie über die Aufhebung des Freiwilligen-Instituts und über mehrere, eine beschleunigte Schlagfertigkeit des Heeres bezweckende Fragen zu berathen, erweist sich als eine grundlose Alarmnachricht. Solche Konferenz hat nicht stattgefunden. Auch sind die Generale v. Todleben, Fürst Dondukow-Korssakow, Graf v. Heyden und Skobelew nicht an das kaiserliche Hoflager in Livadia berufen worden.*) Die übrigen angeblichen Konferenzmitglieder: Kriegsminister Miljutin und General-Adjutant Graf v. Adlerberg befinden sich seit der Abreise unseres Monarchen von Petersburg in der Umgebung Sr. Majestät. — Dem Vernehmen nach hat der Kaiser in neuerer Zeit sehr entschieden die Ausfälle der panslavistischen Presse gegen Deutschland getadelt und dem Minister des Innern den Auftrag ertheilt, diesem agitatorischen Treiben thunlichst ein Ende zu machen. Durch das Auftreten der genannten Presse wird die russische Regierung in nicht geringe Verlegenheit gebracht, weil ihr nach der bestehenden Gesetzgebung wirksame Handhaben fehlen, um auf das Verhalten der betreffenden Blätter einen direkten Einfluß zu üben. Durch das Verbot des Straßenverkaufs solcher Organe ist kein genügender Erfolg gesichert worden. Auch Verwarnungen an die Redakteure haben sich nicht als ausreichend wirksam bewährt. Um nun vorerst noch der Nothwendigkeit einer kürzere oder längere Zeit dauernden Unterdrückung der rücksichtslos ihre Polemik gegen Deutschland und die deutsche Politik fortsetzenden Zeitungen überhoben zu sein, ist neuerdings der Gedanke erfaßt, solchen Blättern, welche keinen Anstand nehmen, die Regierung nach Außen in Verlegenheiten zu bringen, für einige Zeit das Recht der Aufnahme von Inseraten zu entziehen. Dies Mittel dürfte um so erfolgreicher wirken, als erfahrungsmäßig in der erwähnten Presse die Finanzinteressen eine große Rolle spielen und bei ihr der Panslavismus post [illegible] kommt. Sehr ungerechter Weise werfen einige ausländische Blätter der russischen Regierung vor, sich im Einverständniß mit dem Treiben der panslavistischen Presse zu befinden. Schon der Gegensatz, in welchem das besonnene Auftreten der Regierungsorgane zu diesem Treiben steht, entkräftet solche Anschuldigungen. Vor Allem kommt aber in Betracht, daß an maßgebender Stelle unverändert auf die Pflege herzlicher Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland der größte Werth gelegt wird. Grade aus dieser Anschauung ist denn auch die vom Kaiser ertheilte Weisung hervorgegangen, daß es der betheiligten Presse nachdrücklich verwehrt werde, ihre für das Freundschaftsverhältniß mit dem Nachbarlande störende Sprache der Herausforderung und Verbitterung weiter zu führen. — Wie verlautet, sollen mit dem hiesigen britischen Botschafter Lord Dufferin feste Verabredungen in Bezug auf die afghanische Frage getroffen werden. Auch in England gewinnt die Friedenspartei immer mehr Anhang, und zwar namentlich in Folge der großen Opfer, welche die kriegerische Politik Lord Beaconsfield's dem vereinigten Königreich auferlegt. Unter allen Umständen haben Rußland und England in Asien das gemeinsame Interesse, in irgend möglicher Einigkeit gegenüber den Muhamedanern Stellung zu nehmen. Dabei ergiebt sich aber für Mittelasien das Bedürfniß einer bestimmten gegenseitigen Abgrenzung des russischen und des britischen Herrschafts- und Einfluß-Bereiches. Rußlands Interesse wird es niemals zulassen können, daß England Herat und das Gebiet an den Quellen des Amu in Besitz nehme. Nach hiesigen beachtenswerthen Versicherungen hat die russische Politik nichts dagegen einzuwenden, wenn England an den Afghanen die Ermordung seines Gesandten straft und bei dieser Gelegenheit etwa Kabul zerstört. So wenig aber Rußland selbst eine Eroberung Afghanistans anstrebt, ebenso wenig wird es dulden, daß dies Land in eine provinzielle Abhängigkeit von England gerathe.

*) General Skobelew ist soeben erst von der Bereisung der Schlachtfelder aus Straßburg in Berlin eingetroffen. D. R.

Einer Petersburger Korrespondenz des „Temps" entnehmen wir folgende Mittheilungen über die Kosten, welche die Pest dem russischen Reiche verursacht hat: „Man hat soeben die Aufstellung der durch die Pest in Astrachan veursachten Kosten beendet. Die fragwürdige Epidemie, welche Rußland beinahe mit ganz Europa außer Verbindung setzte, kommt demselben Alles in Allem auf 600,000 Rubel zu stehen. Die so berechneten Kosten vertheilen sich auf den Zeitraum vom Januar, wo General Loris Melikow zum Generalgouverneur von Astrachan, Saratow und Samara ernannt wurde, bis zum Aprilmonat, als jede Gefahr erloschen war. Das Pestbudget ist seltsam genug: Sanitätskordons und Quarantainen 33,000 Rubel; Bewachung der Wolga in den verdächtigen Ortschaften und Isolirungsmaßregeln 17,000 Rubel; ärztliches Personal- und Beamtengehälter 82,000 Rubel; Medikamente u. s. w. 28,000 Rubel; Unterstützungen und Schadloshaltungen der durch Vorsichtsmaßregeln und Truppentransporte geschädigten Besitzthümer haben natürlich den größten Theil der zur Beschränkung des Uebels bestimmten Summen absorbirt. Die Untersuchung, welche angestellt wurde, um die Entstehungsursachen der Epidemie zu erforschen, hat einen Zustand schrecklichen Elends enthüllt, in welchem die Arbeiter in den Fischerplätzen an der Wolga dahinleben. Die getroffenen neuen Maßregeln haben einen Theil der gesundheitswidrigen Vorbedingungen verschwinden lassen. Die Patrone werden künftighin angehalten werden, das menschliche Arbeitsvieh, welches sie beschäftigen, mit mehr Schonung zu behandeln. Das Wunderbare an der ganzen Sache ist nicht der Umstand, daß die Epidemie hatte entstehen, sondern vielmehr, daß sie mitten in solcher Ansammlung von schlecht bekleideten und noch schlechter genährten Wesen hat aufhören können, die den Tag halb im Wasser und die Nacht mit durchnäßten Kleidern auf dem nackten Erdboden zubringen."

Obwohl die **Rinderpest** in dem an der südöstlichen Grenze des Regierungsbezirks Oppeln belegenen russischen Kreise Bendzin noch nicht ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint, gewinnt zur Zeit doch die Hoffnung an Bestand, daß eine Einschleppung der Seuche über die Landesgrenze nicht mehr erfolgen wird. Seit dem vor 4 Wochen bekannt gewordenen Ausbruch der Pest in dem russischen Orte Benduscz sind diesseits alle Maßregeln in Anwendung gebracht, welche die Einschwärzung russischen Viehs an der Grenze der Regierungsbezirke Oppeln und Posen zu verhindern geeignet sind. Die Grenzthierärzte beobachten aufmerksam die Bewegung der Seuche jenseits der Grenze und die verstärkte Grenzgendarmerie hält im Verein mit den auf den gefährdetsten Grenzstrecken aufgestellten Militairdetachements die angeordneten Grenzsperrmaßregeln mit größter Strenge aufrecht. Durch die genaue Revision der Viehkataster in dem Grenzrayon und der dort von den Fleischern zu führenden Schlachtbücher wird die Thätigkeit der Grenzwachtorgane wirksam unterstützt.

Auch ist es gelungen, den Verbleib dreier vor dem Bekanntwerden des Ausbruchs der Rinderpest eingeschwärzter Rinder zu ermitteln. Dieselben sind alsbald nach ihrer Ueberführung über die Grenze geschlachtet worden und haben scheinbar das Pestkontagium im Inlande nicht verbreitet, weil andernfalls der Ausbruch der Seuche bereits erfolgt sein würde. Die gegen die betheiligten Schmuggler sofort gestellten Strafanträge werden dazu beitragen, die Grenzbewohner noch mehr von der Ausübung des jetzt sehr gefährlich gewordenen Viehschmuggels abzuhalten.

Am 23. September nahm der Minister für Landwirthschaft, Domainen und Forsten, Dr. Lucius, den soeben in Betrieb gesetzten Schifffahrtskanal von Haren nach Rütenbrock, im Landdrosteibezirk Osnabrück, in Augenschein. Der Kanal wurde in seiner ganzen Ausdehnung von der Ems bis zur Niederländischen Grenze befahren, und der Minister bezeugte wiederholt seine Befriedigung über die solide und tüchtige Ausführung der Anlage. Der Kanal bildet ein wichtiges Glied des im Bau begriffenen linksemsischen Kanalnetzes, nimmt unweit Rütenbrock den das Bomtanger Moor der Länge nach durchschneidenden Hauptfahrkanal (Süd-Nord-Kanal) auf und soll an der preußisch-niederländischen Grenze in den Groninger Stadtkanal auslaufen. Die Verbindung dieser beiden großen Kanalsysteme ist in der zwischen dem Deutschen Reiche und den Niederlanden im Jahre 1876 abgeschlossenen Uebereinkunft vorgesehen. Gegenwärtig fehlt noch der Ausbau einer Strecke von etwa 2 Kilometer Länge auf niederländischem Gebiete. Erfreulich ist es, daß sicherem Vernehmen nach die niederländische Regierung nunmehr bestimmt in Aussicht gestellt hat, daß auch diese Strecke bis zum nächsten Sommer fertiggestellt werden wird. Ein Blick auf die Karte macht die große Wichtigkeit dieser Kanalverbindung anschaulich; mit dem Ausbau jener kurzen Strecke ist eine ausgezeichnete, möglichst geradlinige Wasserstraße von der Ems bis Gröningen und von dort nach allen holländischen Hafenplätzen geschaffen.

Dem Landtage wird, wie man uns mittheilt, auch der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung des Verhältnisses der vagirenden und Gastgemeinden in der Evangelischen Kirche der Provinz Schlesien vorgelegt werden. Der Entwurf war bereits in der letzten Session vom Herrenhause durchberathen, dessen Einwendungen in der neuen Vorlage mehrfach berücksichtigt sind.

Rundschau im Auslande.

Die böhmischen und mährischen Mitglieder des **österreichischen Reichsraths** haben bei dem Eintritt in denselben ihren bisher eingenommenen Rechtsstandpunkt wenigstens formell wahren zu sollen geglaubt, und ist ihre desfallsige Erklärung vom Kaiser persönlich entgegengenommen worden. Das Schriftstück, dessen Wortlaut der Leser an anderer Stelle findet, betont, daß durch den Eintritt und dessen Konsequenzen in keiner Weise jenem Rechtsstandpunkte etwas vergeben werde, der im letzten Wahlaufrufe der Konservativen, sowie im Wahlaufrufe der Nationalen dargelegt sei und daß hierdurch der staatsrechtlichen Stellung Böhmens und der böhmischen Krone keineswegs präjudizirt werde. Weiters wird bemerkt, daß die Vertreter der czechischen Nation die natürliche Grundlage verfassungsmäßiger Ordnung der Monarchie in dem Schutze der Rechte der einzelnen Königreiche und Länder und in deren organischer unerläßlicher Einigung erblicken, zu welchem Behufe sie gerne bereit seien, an dem Werke der Versöhnung und des Ausgleiches mitzuwirken, und deßhalb sich auf den faktischen Boden der Verfassung stellen.

Ueberreicht wurde diese Rechtsverwahrung der czechischen Abgeordneten dem Kaiser Franz Josef am 7. d. M. durch eine von dem Grafen Clam-Martinitz und dem Obmann des Czechen-Klubs im Abgeordnetenhause, Dr. Rieger, geführte Deputation. Dieselbe hatte sich einer huldvollen Aufnahme bei Sr. Majestät zu erfreuen. Der Kaiser sagte, die Czechen träten in das Parlament, ihren Rechtsstandpunkt wahrend; er wünsche aber, daß sie sich mäßigen. Dr. Rieger bat den Kaiser, der czechischen Nationalität Schutz zu gewähren. Der Kaiser versicherte der Deputation, er sei der czechischen Nation huldvoll gesinnt.

Gestern Mittag verabschiedeten sich die Beamten des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten bei ihrem früheren langjährigen Chef, dem Grafen Andrassy, und begaben sich unmittelbar hernach zu dem neuen Minister, Baron v. Haymerle. In der Ansprache, welche der scheidende Graf Andrassy an die Beamten seines ehemaligen Ressorts richtete, erscheint namentlich der Schlußsatz bedeutsam, wo der Redner seiner Ueberzeugung Ausdruck lieh, daß für seinen Amtsnachfolger und für die Beamten des Ministeriums des Auswärtigen normale Zeiten eintreten würden, und daß die Gefahren, von denen die Monarchie bedroht gewesen, beseitigt seien.

Wie Graf Andrassy über die durch den Ausfall der jüngsten österreichischen Reichsrathswahlen geschaffene Situation und seine persönliche Stellung zu derselben denkt, erhellt aus einem jetzt im „Ellenör" veröffentlichten Berichte Csernatony's über eine Unterredung, die er im verflossenen Sommer mit dem Grafen Andrassy über die österreichischen Reichsrathswahlen hatte.

„Als ich im verflossenen Juli", erzählt Csernatony, „die Ehre hatte, dem Grafen Andrassy in Ischl zu begegnen, sprach der Herr Minister des Aeußern von den österreichischen Wahlen. Ich war es, der den Gegenstand als etwas Komisches vorbrachte, mit Rücksicht auf einige Wiener Blätter, die es uns Ungarn verübelten, daß wir uns den Sturz der Verfassungstreuen nicht so sehr zu Herzen nahmen."

„Ja", erwiderte Graf Andrassy, „und ihr Aerger ist um so komischer, da sie sie auch damit schrecken wollen, daß meine Stellung durch die österreichischen Wahlen unhaltbar werde. Als ob meine Stellung je von der Gnade der Verfassungstreuen abgehangen hätte, und als ob sie mir auch nur je Kraft verliehen hätten. Ungarn thut wohl daran, nicht zu erschrecken. Es ist gar kein Grund dazu vorhanden. Diejenigen, die „Reaktion" schreien, wollen nur ihre Niederlage unter ein populaires Schlagwort bringen. Es wird ihnen nicht gelingen. Was aber meine Stellung betrifft, so hing dieselbe nie von ihrer Unterstützung ab, sonst wäre ich schon längst nicht mehr Minister des Aeußern. Und wie lange ich es noch sein werde, hängt auch nicht von ihnen ab, aber auch nicht von dem Resultate der stattgefundenen Wahlen. Diese Wahlen sind ohne Zweifel wichtig. Denn erstens haben sie bewiesen, wie sehr die Männer und die Blätter der Opposition nicht die Gesinnungen Oesterreichs vertreten haben. Und sie sind ferner deshalb wichtig, weil die Czechen das, was sie bisher vom Gesichtspunkte der politischen Besonnenheit nicht gethan, jetzt voraussichtlich aus Aerger über das Vorgeben derer von Herbst thun werden. Wenn die österreichischen Minister die Angelegenheit gut anfassen, so geht jetzt Böhmen in den Reichsrath, dessen Ergänzung für die Konsolidirung der Monarchie sehr wünschenswerth und von großer Tragweite ist, ohne daß für die Deutschen Oesterreichs die verfassungsmäßige Autonomie Ungarns irgendwie bedrohlich zu sein. Ob sie die Dinge gut führen werden, weiß ich nicht; aber ich wünsche ihnen den Erfolg. Daß ich mich in die Sache nicht einmenge, ist schon dadurch, daß ich nach Ischl gekommen bin, zur Genüge bewiesen."

Dem augenblicklich in **Montenegro** weilenden Oberkommandanten der österreichischen Okkupationstruppen in Bosnien, Herzog von Württemberg, wurde montenegrinischerseits der gebührende Empfang zu Theil. Wie der Wiener „Presse" ein Telegramm aus Cettinje, 8. Oktober, meldet, wurde der Herzog an der Grenze vom Brigadier Gjuro Petrovics begrüßt, dinirte in Njegus, wurde in einem Vororte Cettinjes vom Minister des Aeußern, Verbica, erwartet und kam Nachmittags in Cettinje an. Er wurde bei seiner Ankunft mit 21 Kanonenschüssen empfangen. Ein Paradebataillon war aufgestellt, der Kommandant rapportirte und dann defilirte dasselbe vor dem Herzog. Fürst Nikita empfing den Herzog am Eingange des Thronfolger-Palais, grüßte denselben herzlich und schüttelte ihm die Hand. Hierauf fand die Vorstellung der Begleitung statt. Abends war Festsouper.

Einen charakteristischen Beschluß der **Pforte** signalisirt die Wiener „Pol. Corr.", des Inhalts, daß man in Konstantinopel, Ersparungsrücksichten Rechnung tragend, mit dem Plane umgehe, sämmtliche türkischen Botschafterposten im Auslande eingehen und sich in Zukunft nur durch einfache Geschäftsträger bei den Großmächten vertreten zu lassen. Provisorisch sollen von dieser Maßregel die ottomanischen Botschafter in London und Wien noch ausgeschlossen bleiben, dagegen die ottomanischen Legationen in Washington und Brüssel alsbald aufgehoben werden.

Die „Presse" hört, daß Aarifi Pascha den Vorschlag machte, Ende Oktober einen Theil der an der ostrumelischen Grenze konzentrirten türkischen Truppen in die Winterquartiere zurückzuziehen, daß sein Vorschlag aber vom Sultan verworfen wurde.

Man schreibt der „N. Fr. Pr.", es unterliege keinem Zweifel, daß Herr Teisserenc de Bort, der jetzige Botschafter **Frankreichs** in Wien, welcher sehr leidend sei und demnächst seinen erbetenen Urlaub antrete, nicht mehr auf seinen Wiener Posten zurückkehre. An seine Stelle werde Comte de Duchatel, jetziger Botschafter der Republik in Brüssel, nach Wien kommen.

Das römische Blatt „L'Italie" hatte kürzlich angedeutet, daß zwischen **Rußland** und dem Vatikan wegen Abschlusses einer Konvention bezüglich der kirchlichen Zustände Polens verhandelt werde, und daß diese Verhandlungen ihrem Abschlusse nahe seien. Demgegenüber konstatirt das „Journal de St. Petersb.", daß einstweilen der Vatikan nur den Wunsch nach Anknüpfung von Verhandlungen zu erkennen gegeben habe und daß man in St. Petersburg weiteren Eröffnungen des Heiligen Stuhles entgegen sehe. Dies sei der dermalige Stand der Sache.

Zu den Wahlen.

* **Aus der Altmark.** Als eine erfreuliche Thatsache ist zu berichten, daß bei den stattgefundenen Wahlen der Abgeordneten sich ein ganz bedeutender Umschwung wenigstens in der Landbevölkerung gezeigt. Diese stimmten geschlossen mit ganz vereinzelten Ausnahmen für die konservativen Kandidaten, trotzdem die liberale Partei es an Agitationen im entgegengesetzten Sinne nicht hatte fehlen lassen. Aber auch die kleinen Handwerker der Städte sehen ein, daß der Liberalismus sie nicht beglücken kann, ihre Stimmabgabe gab Zeugniß davon, und wenn auch Viele noch für die liberalen Abgeordneten stimmten, so sah man nur zu deutlich, daß die Mehrzahl einem auf sie ausgeübten Druck noch nachgab. Hoffen wir, daß die Wahlkreise der Altmark, die so lange in den Händen der Liberalen gewesen, nie wieder in deren Besitz zurückgelangen, und die Ueberzeugung sich immer mehr und mehr Bahn bricht, daß ein gedeihlicher Fortschritt für das Vaterland nur in einer starken konservativen Majorität zu finden ist.

* Unsere vorgestrige Mittheilung über das Wahlergebniß im 1. Potsdamer Wahlbezirk (Priegnitz) bedarf einer Berichtigung betreffs der Stimmenzahl. Auf den Rittergutsbesitzer v. Kröcher-Voigtsbrügge fielen gegenüber dem bisherigen Abg. Dr. Burg-Berlin (der 181 Stimmen erhielt), nicht 223, sondern 293 Stimmen.

* Die „Danz. Ztg." meldet: „Der frühere Finanzminister Hobrecht, welcher bekanntlich von zwei Wahlkreisen (Berent-Pr. Stargard und Breslau) in das Abgeordnetenhaus gewählt ist, gedenkt für seinen heimischen Wahlkreis in Westpreußen das Mandat anzunehmen. Es wird also in Berent-Pr. Stargard eine Nachwahl nicht erforderlich.

* Zu der uns und einigen anderen Blättern aus Posen am 7. Oktober telegraphirten Meldung, daß Prof. Dr. Hänel, weil er in Segeberg gewählt, das Mandat für Posen abgelehnt habe, bemerkt die „Kieler Ztg." vom 8. Oktober: „Wir halten diese Mittheilung für irreführend. Wir glauben bestimmt zu wissen, daß Professor Hänel seine Entscheidung weder in Segeberg noch in Posen bekannt gegeben hat." Der „Posener Ztg." dagegen scheint die Ablehnung des Posener Mandats seitens des Dr. Hänel durchaus nicht zweifelhaft zu sein. Sie schreibt nämlich an der Spitze des Blattes mit fetter Schrift: „Zur Posener Wahlbewegung! Als oberste Maxime bei einer vorzunehmenden Neuwahl dürfte den Wahlmännern empfohlen werden, daß sie unter allen Umständen nur einen solchen Kandidaten in's Auge fassen, welcher im Voraus sich zur Annahme des Mandats verpflichtet." Außerdem bringt dasselbe Blatt eine an die Ablehnung des Posener Mandats anknüpfende Notiz, welche der Hauptsache nach lautet: „Die Ablehnung des Posener Mandats seitens des Abg. Hänel wird, wie man hört, möglicherweise eine Veränderung